

Jürgen Kerner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



1. Mai: Zeit für mehr Solidarität

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2016 in Schweinfurt

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schweinfurt ist die wichtigste Industriestadt im Norden Bayerns. Schweinfurt ist das Zentrum der europäischen Wälzlagerindustrie. Schweinfurt ist eine Stadt der Dienstleistungssektoren, eine Schul- und Hochschulstadt und ein Behördenstandort.

Dafür steht Ihr, Kolleginnen und Kollegen! Mit Eurem Fleiß und Eurer Kompetenz. Tag für Tag. Nicht irgendwelche CEOs, Geschäftsführer oder Manager sind die Wirtschaft! Sondern Ihr, Kolleginnen und Kollegen, Ihr seid die Wirtschaft!

Heute ist unser Tag der Arbeit, Kolleginnen und Kollegen!
Gemeinsam sind wir stark!

Das unterstreicht unser Motto für den 1. Mai 2016: „Zeit für mehr Solidarität“

Solidarität ist einer unserer Grundwerte – von Beginn an. Solidarität ist auch heute die Grundlage unserer Arbeit, unserer Unabhängigkeit und unserer Stärke. Wir sind nicht abhängig von Parteien. Auch nicht von staatlicher Anerkennung.

Allein die eigenständige Kraft durch Millionen von Mitgliedern ist die Grundlage für die gewerkschaftliche Arbeit des DGB.

Mehr Zeit für Solidarität. Dafür stehen wir heute hier in Schweinfurt und in den Städten in ganz Deutschland, Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität beweist Ihr immer wieder. Ich erinnere an Ende Januar 2010, als der Siemens-Vorstand 840 Stellen in Bad Neustadt streichen wollte.

Schon am 10. Februar kamen 10.000 Menschen aus der ganzen Rhön zur Großkundgebung der IG Metall. Mit dabei waren die katholische und evangelische Kirche, die Schulen und Kindergärten, die Kolleginnen und Kollegen aus vielen Schweinfurter Betrieben.

Echte, praktizierte Solidarität, Kolleginnen und Kollegen.
Solidarität, die die Verhandlungen unterstützt hat.

Und heute? Heute bringt der Siemens-Vorstand Bad Neustadt schon wieder in Gefahr! Nachdem der Vorstand den Standort schon durch die Abbau- und Verlagerungspläne bei Großelektromotoren und Antriebssteuerung massiv unter Druck gebracht hat, soll jetzt der Bereich eCar Powertrain System voll in ein Joint Venture mit dem französischen Automobilzulieferer Valeo eingebracht werden.

Ja, ein Joint Venture in der E-Mobilität kann Zukunftschancen eröffnen. Wenn Siemens das richtig gestaltet und auf E-Car setzt. Es kann aber auch passieren, dass in Bad Neustadt insgesamt 905 Arbeitsplätze auf der Kippe stehen.

Lieber Siemens-Vorstand, wenn Ihr das vorhabt, dann nehmen wir uns die Zeit für mehr Solidarität! Dann sind wir vor den Werktoeren, auf den Straßen und Plätzen. Und wir sind viele!

Kolleginnen und Kollegen,
die Solidarität, die uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter seit weit über 100 Jahren stark macht – diese Solidarität brauchen heute auch die Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Hunger flüchten. Wir können und dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken und sagen, uns geht das alles nichts an. Wir können die Schotten nicht dicht machen, bis alles vorbei ist!

Es ist wahr: Die Ängste und die Sorgen der Menschen steigen. In der Bevölkerung herrscht Unsicherheit. Auch wegen der Terror-Anschläge in Paris, in Brüssel, in der Türkei und in anderen Ländern.

Wir nehmen die Sorgen ernst. Die Gewerkschaften sind ein Spiegelbild der Gesellschaft. Und schon deshalb beteiligen wir uns am Ringen um Antworten.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns ein für eine offene Gesellschaft – eine Gesellschaft, in der jede und jeder eine faire Chance und ein auskömmliches Einkommen haben soll.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – dieser Imperativ des Artikels 1 unseres Grundgesetzes gilt für alle, die den Anspruch haben, in unserem Land zu leben.

Rassismus und Sexismus, Hetze und Gewalt haben in unserem Land keinen Platz. Egal von wem sie ausgehen! Wir kehren Probleme nicht unter den Tisch.

Aber leider gehen viele den rechten Rattenfängern auf den Leim. Ich stelle fest: Die AfD ist ausländerfeindlich! Ich stelle fest: Die AfD ist arbeitnehmerfeindlich! Sie will den Mindestlohn abschaffen und die Leiharbeit ausdehnen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden den rechten Rattenfängern das Feld nicht überlassen, Kolleginnen und Kollegen! Keinen Fußbreit! Nicht in Deutschland. Und nicht in Europa! Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wir viele Gründe zur Sorge um Europa.

Die verfehlte europäische Krisenpolitik hat mit dazu geführt, dass einzelne Länder heute am Abgrund stehen. Ihre Sozial-, Rentensysteme und Tarifsysteme sind zusammengebrochen. Armut macht sich breit. Noch immer sind über 21 Millionen Menschen in Europa arbeitslos.

Alleine in Griechenland und Spanien über 20 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt nach wie vor bei 50 Prozent bzw. 45 Prozent. In Italien bei knapp 40 Prozent.

Darüber hinaus hat die falsche Krisenpolitik Tür und Tor geöffnet für eine neue Welle des gegenseitigen Misstrauens, der Europafeindlichkeit und des Rechtspopulismus. Keine Spur von solidarischer Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Stattdessen Grenzkontrollen.

Keine Spur von einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Trotz bevorstehender humanitärer Katastrophe.

Das Projekt der europäischen Integration steht auf dem Spiel! Ernsthaft, Kolleginnen und Kollegen!

Die britische Regierung hat gerade erst verdeutlicht, was eine Politik der nationalen Egoisten für Europa bedeutet. Premierminister Cameron hat seine erpresserische Strategie durchgezogen. Mit der Austrittsdrohung Großbritanniens aus der EU hat er Sozialabbau und Deregulierung durchsetzen können.

Die Axt ist angelegt an die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa und die damit verbundenen Sozialleistungsansprüche. Mehr Zeit für Solidarität – das gilt mehr denn je für Europa, Kolleginnen und Kollegen.

Die Gewerkschaften müssen in die Offensive – für ein soziales Europa – gegen den Zeitgeist der Renationalisierung.

Notwendig ist eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Notwendig sind Investitionen statt Sparpolitik. Das ist ein dickes Brett, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen dieses dicke Brett bohren. Wir müssen klar machen, wie das künftige Europa aussieht, für das wir uns als Gewerkschaften stark machen.

Wir müssen andere als Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen.

Wir müssen mit dafür Sorge tragen, dass sich die Menschen sicher fühlen und so bei ihnen neues Vertrauen in Europa wachsen kann.

Wir – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – brauchen ein starkes Europa, das den Wandel der Arbeitswelt mitgestaltet und vernünftige Regeln setzt.

Für den radikalen Wandel, in dem sich unsere Arbeitsgesellschaft befindet, gibt es noch kein gesellschaftliches Leitbild.

Letztlich haben sich die Wirtschaft und weite Teile der Politik noch nicht vom neoliberalen Leitbild der 1980er und 1990er Jahre verabschiedet.

Ein Ungeist, der uns die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse eingebracht hat.

Ein Ungeist, der die gesellschaftliche Spaltung noch weiter vertieft hat, Kolleginnen und Kollegen!

Als Gewerkschaften sind wir heute auf der einen Seite immer noch tarif- und betriebspolitisch damit beschäftigt, die Auswirkungen dieses Ungeistes einzugrenzen. Denkt nur an die Leiharbeit.

Auf der anderen Seite müssen wir im Interesse unserer Mitglieder und der ganzen Gesellschaft die vierte industrielle Revolution mitgestalten.

Digitalisierung und Automatisierung sind die Stichworte. Dazu kommen neue Technologien wie 3D-Druck oder Nanotechnologien und neue bzw. alternative Werkstoffe.

Die Produktionsweise verändert sich massiv, Kolleginnen und Kollegen. Sicher ist auf jeden Fall, dass den Beschäftigten neue, breitere Qualifikationen abverlangt werden.

Die Frage der Zukunft wird noch mehr eine Frage der Fachkräfteentwicklung. Ohne Arbeit 4.0 keine Industrie 4.0!

Dabei geht es nicht in erster Linie um die weitere Akademisierung. Vielmehr kommt es auf die Fort- und Weiterbildung in den Betrieben an, auf die Erleichterung des innerbetrieblichen Fortkommens, auf strategische Personalentwicklungspläne und Bildungsbedarfsanalysen. Und es kommt darauf an, junge Kolleginnen und Kollegen gezielt zu fördern und gleichzeitig die Bedingungen für die Älteren zu verbessern. Wir brauchen endlich alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, Kolleginnen und Kollegen!

Die Kitas und Schulen brauchen mehr Fachpersonal. Die Warteschleifen im Übergang von Schule zu Beruf müssen verschwinden. Jugendliche mit schlechten Startchancen brauchen mehr Unterstützung bei der Berufsausbildung. Wir brauchen die Bildungsteilzeit. So können sich Beschäftigte gezielt weiterbilden, neue Qualifikationen aufbauen, um den Wandel der Arbeitswelt zu bestehen.

Neben der Digitalisierung laufen zwei weitere Prozesse parallel: die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten auf der einen Seite – und auf der anderen Seite die zeitgleiche Zersplitterung der Wertschöpfungsketten.

Wir erleben das Outsourcing immer weiterer Leistungen und deren Einkauf zum Beispiel über Werkverträge. Den Arbeitgebern geht es darum, Einsparungen zu erreichen durch geringere Entlohnung oder Nichttarifgebundenheit.

Ein Beispiel ist die Logistik. Viele Logistikunternehmen sind nur noch Vermittler.

Die Beschäftigten stehen nicht nur am Ende einer Kette von mehreren Sub-Unternehmen, sondern auch massiv unter Druck. Diesen Druck bringen sie mit auf die Straßen Europas. Das ist ein Sicherheitsrisiko für uns alle!

Die Europäischen Transportarbeitergewerkschaften haben eine Europäische Bürgerinitiative gestartet für fairen Transport in Europa.

Unterschriftenlisten liegen an den Ständen von EVG, ver.di und beim DGB aus. Ihr könnt auch online unterschreiben.

Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Zusammenhang steht die große Koalition in der Pflicht und Verantwortung, endlich ihren eigenen Koalitionsvertrag umzusetzen. Dort steht – ich zitiere: „Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden wir verhindern.“

Doch der schon abgestimmte Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles war von der CSU erst einmal gestoppt. Ein Schlag ins Gesicht für die Beschäftigten in Leiharbeit und Werkverträgen!

Mittlerweile ist der Gesetzentwurf in der Abstimmung zwischen den Bundesministerien. Politik in Demokratien ist zum großen Teil ein Kompromiss. Das gilt auch für diesen Gesetzentwurf. Lange haben wir mit den Arbeitgebern gerungen.

Deswegen sagen wir klipp und klar: Keine Aufweichung, keine Verschlechterung des Gesetzes, Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen ein wirksames Gesetz, um neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und Lohndumping zu bekämpfen! Mehr Zeit für Solidarität, Kolleginnen und Kollegen!

Deshalb ist auch der Mindestlohn so wichtig! Sage und schreibe 3,7 Millionen Menschen profitieren inzwischen davon! Darunter insbesondere Frauen, Ungelernte und Beschäftigte in der Dienstleistung. In Ostdeutschland sind die Löhne seit der Einführung des Mindestlohns um mehr als 8 Prozent gestiegen!

8,50 Euro sind die unterste Grenze des Anstands. Deshalb werden keine zusätzlichen Ausnahmen zulassen! Ich betone: keine!

Kolleginnen und Kollegen,
wenn wir uns mit der Internationalisierung der Wertschöpfungsketten beschäftigen,
dann sind wir schnell beim Freihandel.

Wohlgemerkt: An und für sich haben wir nichts gegen Freihandel. Null, nada, niente!
Wenn die Regeln und Standards stimmen.

Unternehmen müssen überall die Menschenrechte und die ILO-Kernarbeitsnormen
einhalten! Punkt! Da sind wir uns mit unseren amerikanischen Kolleginnen und
Kollegen völlig einig!

Im letzten Jahr haben wir mit unserem Protest zu TTIP und CETA einiges erreicht.
Am Ziel sind wir aber noch nicht. Die Bedrohung von öffentlichen Dienstleistungen,
von Arbeits- und Sozialstandards durch CETA und TTIP muss ausgeschlossen sein.

Wir fordern die EU-Kommission auf, sich für fairen Welthandel einzusetzen – mit
starken Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Wir sind fest entschlossen, die Zukunft der Arbeit mit praxistauglichen arbeits- und
tarifpolitischen Konzepten mitzugestalten.

Und dafür mehr Mitbestimmung in Betrieben einzufordern!

Zu Industrie 4.0 gehören Arbeit 4.0 und Mitbestimmung 4.0. Unabdingbar. Das sind
Drillinge, Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Jahr feiern wir 40 Jahre Mitbestimmungsgesetz. Die deutsche
Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell. Ein Erfolgsmodell, das ausgebaut werden
muss!

Die Gewerkschaften werden zur Bundestagswahl im nächsten Jahr eine Offensive
„Mitbestimmung“ starten.

Ganz nach unserem Motto: „Demokratie hört nicht am Werkstor auf!“
Lasst uns noch eins draufsetzen, Kolleginnen und Kollegen!

Denn heute geht es neben der formalen Mitbestimmung auch um mehr direkte Beteiligung in den Betrieben.

Das stellt neue Herausforderungen an die Gewerkschaften und an die Betriebsrats- und Vertrauensleutearbeit.

Was wollen die Beschäftigten? Wie Ihr sicher wisst, hat die IG Metall 2013 eine Beschäftigtenbefragung durchgeführt. Über 500.000 Beschäftigte haben mitgemacht, auch viele Nichtmitglieder.

Die Ergebnisse sind klar:

- Die Beschäftigten wollen sichere Arbeit und Sicherheit im Leben.
- Sie wollen, dass es gerecht zugeht in der Arbeit, im Leben.
- Und sie wollen mehr Selbstbestimmung im Arbeitsleben.

Freilich geht es weiterhin um sichere Arbeit, geschützt durch Gesetz und Tarifverträge.

Es geht auch künftig um ein festes und ausreichendes Einkommen.

Aber es geht auch um Sicherheit, wenn es Brüche und Umorientierungen im Lebenslauf gibt.

Dafür brauchen wir kollektive Regelungen! Wir stehen hier am Anfang eines konfliktreichen Weges. Denn die letzten Jahrzehnte gingen in die entgegengesetzte Richtung: Die Ausweitung des oft tariflosen Niedriglohnssektors, Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, Praktika, Mini-Jobs.

Damit muss Schluss sein! Es bleibt ein Schwerpunkt der Gewerkschaften, Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse zu bekämpfen.

Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitszeitpolitik ist ein Kern gewerkschaftlichen Handelns.

Sie spielt fast mit allen unseren Politikfeldern zusammen:

- Entgeltpolitik und Arbeitszeit sind aufs engste verwoben.
- Gesundheit und Arbeitsschutz brauchen Arbeitszeitpolitik.

- Die Vereinbarkeit von privatem und beruflichem Leben hängt ganz stark von der Lage und Dauer der Arbeitszeit ab.
- Arbeitszeitpolitik ist darüber hinaus immer auch Verteilungs- und Gerechtigkeitspolitik.

Ja, Arbeitszeitverkürzung halten wir grundsätzlich für richtig. Die 35-Stunden-Woche ist eine brillante Idee.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die tatsächlichen Arbeitszeiten steigen. Trotz der Beibehaltung des tariflichen Niveaus.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir die Handlungshoheit über die Arbeitszeitpolitik in vielen Betrieben verloren haben. Arbeitszeit verfällt. Stunde um Stunde. Tag für Tag. Diese Praxis ist nicht hinnehmbar! Wir sagen Schluss mit dem Verfall von Arbeitszeiten!

Gerecht ist, dass geleistete Arbeit vollständig erfasst und vergütet wird, Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen zudem die Selbstbestimmung thematisieren.

Die Ausdehnung der gleichzeitig immer intensiveren Arbeitszeiten macht Beschäftigte krank.

Wir müssen hier deutliche Grenzen setzen! Und wir müssen die Arbeitszeit selbstbestimmt an unsere Lebensphasen anpassen können.

Arbeitszeit reduzieren, wenn Kinder zu betreuen sind, die Mutter zu pflegen ist oder Fortbildung angesagt ist.

Kurzum: Ich will frei nehmen, wenn ich es brauche und nicht nur dann, wenn es dem Chef in den Kram passt?

Bei all dem spielt die Tarifbindung eine zentrale Rolle, Kolleginnen und Kollegen.

Heute sind knapp über 50 Prozent der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall durch einen Branchentarifvertrag erfasst. Hinzu kommen fünf Prozent über Haustarife und Anerkennungstarife.

Anfang der 1990er Jahre waren es noch über 70 Prozent. Das sage ich durchaus selbstkritisch. Aber nicht verzagt! Wir müssen das anpacken und die Tarifbindung stärken, Kolleginnen und Kollegen! „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – dafür ist und bleibt die Voraussetzung die Tarifbindung. Die Tarifbindung ist für Gewerkschaften das Gerechtigkeitsthema Nummer 1!

Tatsache ist: Der Kollege in einem Betrieb ohne Tarifbindung, der die gleiche Arbeit verrichtet wie sein Kollege im Betrieb mit Tarifbindung, erhält im Schnitt 24,6 Prozent weniger Entgelt! Tatsache ist: Für Angelernte ist die Situation noch eklatanter. Hier beträgt der Abstand 32 Prozent.

Der Abstand zwischen Männern und Frauen liegt bei Fachtätigkeiten in Betrieben mit Tarifbindung bei 3,7 Prozent. Das ist ungerecht und muss ausgeglichen werden.

Tatsache ist: Bei nichttarifgebundenen Betrieben ist der Abstand zwischen Männern und Frauen 14,2 Prozent. Das ist nicht hinnehmbar, Kolleginnen und Kollegen!

Immer mehr Arbeitgeber haben sich aus der Verantwortung gezogen. Wir schauen nicht länger zu!

Wir brauchen zwingend mehr Ordnung am Arbeitsmarkt. Durch Tarifverträge, aber auch durch Gesetz. Zeit für mehr Solidarität – auch in der Politik!

Fast jede zweite Frau in Deutschland arbeitet in Teilzeit. Viele machen das nicht freiwillig. Die meisten Beschäftigten haben keine Chance, über ihre Arbeitszeiten mitzubestimmen. Und bis heute gilt: einmal Teilzeit – immer Teilzeit.

Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag erfüllt: Wir wollen einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und das Recht auf Aufstockung! Und wir wollen ein Gesetz für Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und

Männern! Frauen verdienen bis zu 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. In keinem anderen Land ist die Entgeltlücke so groß wie in Deutschland.

Familienministerin Manuela Schwesig hat einen Entwurf für ein Lohngerechtigkeitsgesetz vorgelegt. Freilich hätten wir uns mehr vorstellen können. Aber der Entwurf geht in die richtige Richtung.

Wir fordern die Koalition deshalb auf: Das Gesetz muss zügig verabschiedet werden!

Kolleginnen und Kollegen,

vor zehn Jahren wurde die hälftige Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschafft. Das war falsch!

Seitdem zahlen die Beschäftigten für alle Kostensteigerungen allein. Im Jahr 2016 macht das einen Betrag von über 14 Milliarden Euro aus.

Bei einem durchschnittlichen Einkommen bedeutet das rund 350 Euro jährlich weniger auf dem Konto. Tendenz: weiter steigend. Das ist ungerecht!

Wir fordern deshalb: Zurück zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen!

Und wir wollen ein Leben in Würde im Alter! Rente mit 67 Jahren ist absurd.

Rente mit 70 Jahren ist Absurdistan! Es geht darum, den Sinkflug der gesetzlichen Rente zu stoppen. Das hat Horst Seehofer tatsächlich richtig erkannt.

Ich habe mir beim Lesen die Augen gerieben, weil ich es nicht glauben konnte: Tatsächlich derselbe Horst Seehofer, der das Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit blockiert hatte.

Jetzt kann sich Horst Seehofer gleich selbst beweisen: Die von ihm verkorkste Finanzierung der Mütterrente muss endlich über Steuern erfolgen und nicht über Beiträge.

In der Rentenpolitik muss ein Kurswechsel eingeleitet werden. Das gesetzliche Rentenniveau muss stabilisiert und dann erhöht werden, Kolleginnen und Kollegen!

Wir können die Übergänge in die Rente flexibel und sicher gestalten.
Wir wollen nicht *eine* Lösung für alle. Sondern *für alle* eine Lösung.

Kolleginnen und Kollegen,

ich bin durchaus der Ansicht, dass die Koalitionsregierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Regelungen gesetzt hat.

Allen voran die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren und der Mindestlohn. Natürlich waren auch das Kompromisse, und wir haben uns an der einen oder anderen Stelle mehr gewünscht. Aber wir sollten anerkennen, dass diese Regelungen im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getroffen worden sind. Jetzt erwarten wir von der Regierung ein Verhalten bis zur Bundestagswahl 2017, das jeder Beschäftigte jeden Tag beweisen muss: Bis zum Schichtende arbeiten!

Kolleginnen und Kollegen,

jährlich grüßt das Marmeladentier! Ich kann das Gezeter und Genörgel der Arbeitgeber und nicht mehr hören. Jahr für Jahr erklären sie in den Tarifrunden, den Gewerkschaften mangle es an wirtschaftlicher Vernunft.

Ja, sogar den Produktionsstandort würden wir mit unseren Forderungen gefährden. Da rinnt der neoliberale Ungeist der 1980er und 1990er Jahre noch immer aus allen Poren. Besonders dreist ist der Versuch von Gesamtmetall, das Wachstum, die Umsätze und die Gewinne einer Scheinkonjunktur zuzuschreiben und so für nichtvorhanden zu erklären.

Liebe Arbeitgeber,

die Profite wurden nachweislich nicht nur scheinbar gemacht. Und die Dividenden wurden auch nicht nur zum Schein ausgeschüttet. Also bitte!

Gerecht ist, dass wir Beschäftigten unseren Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand bekommen!

Insgesamt laufen in diesem Jahr Tarifverträge für rund zwölf Millionen Beschäftigte aus. Die Arbeitgeber sind mit Provokationen gestartet.

Immerhin: Für den Öffentlichen Dienst gab es am Freitag eine Einigung. Bei Metall und Elektro geht die Provokation weiter. Nach 0,9 Prozent für 12 Monate kamen die Arbeitgeber nun mit 2,1 Prozent für 24 Monate.

Unsere Antwort: Wir sind in der ganzen Republik auf der Straße und geben den Arbeitgebern, was sie offenbar brauchen: massive Warnstreiks.

Unsere Botschaft ist einfach: Wir sind stinksauer!

Kolleginnen und Kollegen,

das wirtschaftliche Umfeld in Deutschland ist von einem stabilen Wachstum geprägt. Alle Wirtschaftsinstitute gehen von einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes zwischen 1,5 und 2 Prozent aus. Und der private Konsum trägt einen Löwenanteil daran, dass die deutsche Wirtschaft läuft.

Das bedeutet nichts anderes als: Wir sind es, die Autos, Bügeleisen oder Windeln kaufen: Wir sind es, die Handwerker bestellen und tanken. Wir sind es, die Handy-Verträge abschließen und ins Restaurant um die Ecke gehen.

Wir sind der Motor der Konjunktur!

Unsere Tarifforderungen sind geradezu notwendig und vernünftig, Kolleginnen und Kollegen!

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist gut. Das ist ein Teil der Wahrheit.

Der andere ist: Nicht alle haben Anteil am steigenden Wohlstand. Viele werden abgehängt. Die Arbeitseinkommen in Deutschland sind genauso ungleich verteilt wie in den USA.

Durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen gelingt es Deutschland, die Ungleichheit zu reduzieren und eine im Vergleich zu anderen Industrieländern durchschnittliche Ungleichheit zu erreichen.

Was mir große Sorgen macht, ist aber die Dynamik! Die Einkommensungleichheit ist in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren so stark gestiegen wie in fast keinem anderen Industrieland. Auch die Vermögen sind in Deutschland zunehmend ungleich verteilt. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 50 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die ärmeren 50 Prozent verfügen nur über 1 Prozent des Gesamtvermögens! Die zunehmende Ungleichverteilung ist ein globaler Trend mit rasanter Geschwindigkeit!

2010 verfügten 388 Einzelpersonen über dasselbe Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, nämlich 3,7 Milliarden Menschen!

2015 konzentrierte sich dieser Anteil auf nur noch 62 Menschen. 62 Superreiche haben also so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Menschheit!

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung – das sind 70 Millionen Menschen – besitzt mehr als die restlichen 99 Prozent, also mehr als 7,3 Milliarden Menschen zusammen.

Es gibt ein ganzes Bündel an Ursachen, das für diese Entwicklung verantwortlich ist. Das sind keine neuen Erkenntnisse!

Aber wir dürfen nicht nachlassen, die Ursachen immer wieder deutlich zu benennen:

- die Prekarisierung der Arbeit durch Befristungen und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen
- in den Ländern Südeuropas die hohe Arbeitslosigkeit
- bei uns die abnehmende Tarifbindung und Tariffucht
- die unzureichende Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalgewinnen

Und nicht genug damit, dass große Vermögen nicht ausreichend besteuert werden.

Hinzu kommt oft genug die Flucht in Steueroasen! Die Investitionen von Unternehmen in Steuerparadiesen haben sich zwischen 2000 und 2014 vervierfacht. Neun von zehn der weltweit führenden Großunternehmen haben Präsenzen in mindestens einer Steueroase. „Oh, wie schön ist Panama!“ Janoschs Kinderbuchtitel hat in den letzten Wochen eine ganz neue Bedeutung bekommen! Die „Panama Papers“ verdeutlichen, dass wir bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und beim Verhindern von dubiosen, aber leider immer noch legalen Steuertricksereien immer noch am Anfang stehen.

Steuerbetrügereien müssen endlich das Handwerk gelegt werden!

Umverteilung muss auf die Agenda, Kolleginnen und Kollegen!!

Wir haben viel erreicht und noch viel vor!

Es ist Zeit für mehr Solidarität.